

## Wowereit weiß nicht weiter

Fronten im Finanzstreit zwischen Bund und Berlin sind verhärtet

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) wirkte gestern äußerst ratlos, als er auf die stagnierenden Verhandlungen zwischen Land und Bund zur Hauptstadtfinanzierung und den Streit über den Flughafen Tempelhof angesprochen wurde.

Der Bund will, wie berichtet, die Kosten für die Sanierung der Staatsoper in Höhe von 200 Millionen und weitere 22 Millionen Euro für die innere Sicherheit nur übernehmen, wenn das Land Berlin im Gegenzug der Flughafen Tempelhof vollständig in sein Eigentum nimmt und den Bund bei Verwertung der Liegenschaft über 50 Jahre hinweg an den Erlösen beteiligt. Ein Junktim, das Wowereit strikt ablehnt.

Auf die Frage, wie es denn nun in den Verhandlungen weitergehen soll, sagte Wowereit gestern am Rande der Eröffnung des neuen Info-Towers für den Hauptstadtflughafen BBI in Schönefeld nur, dass er es nicht wisse. Keinen Hehl machte er allerdings aus seinem Ärger über Peer Steinbrück (SPD). Schließlich hatte der Bundesfinanzminister dafür gesorgt, dass das Thema Tempelhof in das Verhandlungspaket über die Finanzierung der Hauptstadtaufgaben gepackt wurde. Es sei völlig unverständlich, warum der Bund jetzt etwas für den Flughafen haben wolle, obwohl der nach Reichsvermögensgesetz sowieso Berlin gehöre, sagte Wowereit. Berlin lasse schließlich seinen Anspruch auf das Vermögen vom Bundesverfassungsgericht klären.

Zwischen dem Bund und Berlin sind die Fronten verhärtet wie schon lange nicht mehr. "Es ist ausverhandelt, und das, was der Bund leisten kann, ist definitiv gesagt", sagte gestern der Vize-Sprecher der Bundesregierung, Thomas Steg. Der Senat könne nun das Angebot annehmen oder ablehnen. "Die Freiheit ‚nein‘ zu sagen, hat der Berliner Senat, hat der Regierende Bürgermeister. Die Freiheit, etwas drau zu packen, hat der Bund jedenfalls nicht", so Steg. Dass der Bund bei Verwertung von Gelände und Gebäude auf dem Flughafen Tempelhof an den Mehrerlösen beteiligt werden wolle, sei "nicht nur recht und billig, sondern aus Sicht der Bundesregierung nachvollziehbar, plausibel und begründet".

Berlins Kulturstatssekretär André Schmitz (SPD) sagte dagegen, dass der Bund das Thema Tempelhof überraschend in die Verhandlungen eingebracht habe. Berlin werde sich nicht in jeder Situation erpressen lassen. Schlimmstenfalls werde Berlin die über 200 Millionen Euro teure Sanierung der Staatsoper alleinfinanzieren. CDU-Fraktionschef Friedbert Pflüger nennt diese Idee einen "schweren taktischen Fehler". Damit suggeriere man dem Bund, dass sein Geld nicht gebraucht werde. Pflüger findet aber auch die Forderung des Bundes nach Beteiligung an der Verwertung des Flughafens fraglich.

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Steffen Kampeter, nannte die Reaktion von Berlins Regierendem Bürgermeister "frech". Mit seiner sturen Haltung kündige Wowereit die gesamten Verhandlungen auf und verärgere selbst Sozialdemokraten. "Es geht hier nicht darum, dass der Bund Berlin mit dem Flughafen belasten will, sondern dass eine tragfähige Lösung sowohl für den Bund als auch Berlin gefunden wird", sagte Kampeter. Wowereit könne sich nicht nur die Süßigkeiten aus dem Paket rauspicken. Schließlich habe Berlin durch den Schließungsbescheid die Immobilie entwertet. Da sei es nur recht und billig, wenn der Bundesfinanzminister an einem möglichen späteren Wertzuwachs partizipieren will.

Die Fraktionschefin der Grünen im Abgeordnetenhaus, Franziska Eichstädt-Bohlig, dagegen stärkt die Position des Senats. "Die Verknüpfung des Hauptstadtvertrages mit der Zukunft der Immobilie Tempelhof durch den Bund ist nicht gerechtfertigt", so Eichstädt-Bohlig. "Jahrelang hat Berlin seine Grundbesitzansprüche nach dem Reichsvermögensgesetz gegenüber dem Bund geltend gemacht. Dabei war das Tempelhofer Flughafengelände das Filetstück." 2005 habe der Bund Berlins Forderungen zurückgewiesen und Tempelhof selbst beansprucht. "Der Bund muss das Grundstück voll auf Berlin übertragen, ohne Ansprüche aus Wertsteigerungen zu stellen."

Der Senat will sich am nächsten Dienstag erneut mit dem Thema Hauptstadtfinanzierung befassen.